

## MOSBACHER ERKLÄRUNG

Afghanistan ist geprägt von jahrzehntelangen Kriegen und innerstaatlichen Konflikten. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR), die Internationale Organisation für Migration (IOM) und das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) berichten übereinstimmend, dass sich die Sicherheitslage in Afghanistan erheblich verschärft hat.

Der Krieg in Afghanistan zeichnet sich durch die erschreckende Vielfalt militanter Organisationen aus und findet nicht nur zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung statt. Leidtragend ist vor allem die Zivilbevölkerung, die aufgrund der Unübersichtlichkeit wechselnder Gewaltakteure zunehmend zwischen die Fronten gerät, was eine Gefahrenvermeidung unmöglich macht. Die Zahl der zivilen Opfer steigt stetig an.

Die humanitäre Lage im Land ist prekär, instabil und unvorhersehbar. Innerstaatliche Fluchtalternativen stehen faktisch überhaupt nicht mehr zur Verfügung. Menschen können überall Opfer von Kampfhandlungen, Anschlägen und Verfolgung werden. Darüber hinaus macht die schwierige Ernährungs- und Unterbringungslage den Alltag der Menschen zum Überlebenskampf.

Als eines der ärmsten Länder der Welt, weist Afghanistan eine hohe Müttersterblichkeitsrate und die zweithöchste Kindersterblichkeitsrate der Welt aus. Die Quote der Kinder mit Mangelernährung liegt bei 60 Prozent. Die medizinische Versorgung ist unbefriedigend und nur unzureichend möglich.

Die Menschenrechtssituation ist ebenso besorgniserregend. Gewalt gegen Frauen, Diskriminierung aufgrund Rasse, Religion, politischer Überzeugung, sexueller Identität (LSBTIQ) oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe werden von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren angewandt und allgemein toleriert.

Aus der oben dargestellten Lage, fordern die evangelischen Kirchenbezirke Mosbach und Adelsheim-Boxberg sowie das Diakonische Werk im Neckar-Odenwald-Kreis:

- die eingehende Einzelfallprüfung aller Asylanträge von afghanischen Staatsangehörigen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) unter Einbeziehung der neuesten Berichte der Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) und des UNHCR und Berücksichtigung von besonders schutzwürdigen Personengruppen im Sinne der EU-Aufnahmerichtlinie (RL 2013/33/EU) sowie EU-Verfahrensrichtlinie (RL 2013/32/EU)
- eine deutliche Aufstockung von qualifiziertem Personal beim Bundesamt für Flüchtlinge und Migration sowie die ausreichende Schulung der Mitarbeiter\_innen des BAMF, die Anhörungen und/oder Entscheidungen treffen
- sofortiger Stopp der Abschiebungen nach Afghanistan
- eine humanitäre Bleiberechtsregelung für afghanische Flüchtlinge, die die aktuellen, individuellen Gefährdungsmomente im Fall einer Rückkehr wie auch Integrationserfolge in den Blick nimmt

- Aussetzung der Widerrufsverfahren für afghanische Staatsangehörige, die mit einer internen Fluchtalternative oder sicheren Gebieten begründet werden
- Öffnung von Integrationsangeboten für afghanische Staatsangehörige und die besondere Förderung von unbegleiteten Minderjährigen

Mosbach, den 29.06.2017

V.i.S.d.P.:

**Dekan Folkhard Krall**, Evangelischer Kirchenbezirk Mosbach

**Dekan Rüdiger Krauth**, Evangelischer Kirchenbezirk Adelsheim-Boxberg

**Gerd Otto**, Aufsichtsratsvorsitzender des Diakonischen Werkes Neckar-Odenwald-Kreis

**Diakoniepfarrer Karl Kreß**, Vorsitzender der Verbandsversammlung für das Diakonische Werk im Neckar-Odenwald-Kreis

**Diakoniepfarrer Oliver Schüle**, Evangelischer Kirchenbezirk Mosbach

**Guido Zilling**, Geschäftsführer des Diakonischen Werkes Neckar Odenwald und

**Nancy Gelb**, Kirchenbezirksbeauftragte Flucht und Migration der Kirchenbezirke Mosbach und Adelsheim-Boxberg, Diakonisches Werk im Neckar-Odenwald-Kreis

**Kontakt und weitere Informationen:** Nancy Gelb, Kirchenbezirksbeauftragte für Flucht und Migration der Kirchenbezirke Mosbach und Adelsheim-Boxberg sowie Diakonisches Werk Neckar-Odenwald, Neckarelzer Str.1, 74821 Mosbach, Tel. 06261 9299-0; [gelb@diakonie-nok.de](mailto:gelb@diakonie-nok.de)